

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Detlef Schön
Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernent

Stadtbaurat Oliver Leinert

Protokollführer

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Joachim Noack

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Volker Hasenmüller
Grundmandat Thorsten Moriße

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Fachbereichsleitung 61 Frank Amerkamp
Stellv. Fachbereichsleiter Hennig Winde

Bauordnungsamt

Fachbereichsleitung 63 Niksa Marušiĉ

Gäste:

Herr Althus	NWP
Herr Drewel	ImmoVest
Herr Groß	
Herr Janßen	NWP
Herr Sobolewski	Aldi Nord
Herr Straub	
Herr Wieting	Marinearsenal
Herr Wilps	Aldi Nord
Herr Witte	Marinearsenal

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.09.2017 | |
| 4 | Bauaktivitäten Marinearsenal und Norderweiterung | |
| 5 | Vorlagen an den Rat | |
| 5.1 | 79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973
-Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich
Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße-,
Aufstellungsbeschluss | 315/2017 |
| 5.2 | Bebauungsplan Nr.97 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23
[VEP 023]
-Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-
Aufstellungsbeschluss | 316/2017 |
| 5.3 | Bebauungsplan Nr. 163
Gewerbegebiete Güterstraße
Aufstellungsbeschluss | 312/2017 |
| 5.4 | Umsetzung Radverkehrskonzept
Route 111 Schulstraße, Route 150 Kirchreihe | 222/2017 |
| 6 | Vorlagen an den Verwaltungsausschuss | |
| 6.1 | Bebauungsplan Nr. 163
Gewerbegebiet Güterstraße
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit | 313/2017 |
| 6.2 | 79. Änderung des Flächennutzungsplanes
von 1973
-Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich
Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit | 317/2017 |
| 6.3 | Bebauungsplan Nr. 97 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23 | 318/2017 |

- (VEP 023)
-Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße-
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit
7 Mitteilungen und Anfragen
7.1 Massnahmen aus Radverkehrskonzept
7.2 Vorstellung Projektentwicklung ehemalige Grundschule Kirchreihe
7.3 Vorstellung Projektentwicklung für BP Nr. 190, Kirchreihe/Widukindstraße
7.4 BP Nr. 192 Tammhausen (Kugelschießanlage) - Vorstellung vor § 3 (1), § 4 (1)
BauGB
7.5 Produktberichte II/2017
8 Öffentliche Anhörungen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.09.2017

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 12.09.2017 wurde bei 1 Enthaltung einstimmig genehmigt.

4 Bauaktivitäten Marinearsenal und Norderweiterung

Herr **Schön** führte in das Thema ein. Seitens der Bundeswehr seien in den letzten Jahren etwa 180 Mio. € investiert worden und weitere ca. 670 Mio. € sollen in den nächsten Jahren investiert werden.

Herr **Wieting** gab eine kurze Übersicht über die von ihm betreuten Projekte in Wilhelmshaven (Stützpunkt 4, Einfahrt sowie MArS).

Herr **Groß** stellte daraufhin die für den Stützpunkt/4, Einfahrt und Umgebung geplanten Maßnahmen ausführlich vor. Geplant ist hier eine Westerweiterung des Stützpunktes mit entsprechenden Unterkunfts- und Betriebsgebäuden für die Fregatten der Klasse 125. Dieser Bereich umfasst insgesamt ca. 35 ha. Die Maßnahme ist in zwei Bauabschnitte unterteilt, wobei der erste Bauabschnitt eine Fläche von 11,6 ha betrifft. Insgesamt seien 50 Hochbauten geplant, die

Aufträge für 120 Hochbauten im Volumen von etwa 120 Mio. € liegen bereits vor.

Herr **Witte** ergänzte, dass das Baufeld bis zu einer Tiefe von 4 m unter Geländeneiveau kampfmittelfrei sei. Weitere Tiefensondierungen im Zusammenhang mit den Bauarbeiten werden folgen. Insgesamt sei auch eine Anhebung des Geländes um 2 bis 2,5 m erforderlich, der entsprechende Auftrag hierfür sei auch bereits vergeben. Der Baubeginn für die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen ist im 3. Quartal 2018 vorgesehen und die Bauarbeiten sollen bis zum 2. Quartal 2019 abgeschlossen sein.

Herr **Straub** erklärte, dass im Bereich des Marinearsenals eine Verbesserung der Infrastruktur sowie umfangreiche Gebäudesanierungen vorgesehen seien. Abgängige Bausubstanz soll abgebrochen und – soweit erforderlich – durch den Bau neuer Hallen ersetzt werden. Der Baubeginn für die Infrastruktur- und Medienmaßnahmen ist für 2019 vorgesehen, der Hochbau soll in 2020 beginnen.

Herr **Witte** ergänzte, dass ein neues Trockendock geplant sei mit einer Länge von 240 m, einer Breite von 65 m und einer Höhe von 47 m. Der Baubeginn sei für 2020/2021 vorgesehen, die Bauzeit beträgt etwa 4 Jahre.

Herr **Leinert** dankte für die ausführliche Vorstellung der Pläne. Bezüglich des Rückbaus diverser Gebäude des MArS direkt an der Gökerstraße regte er Abstimmungsgespräche mit der Stadt Wilhelmshaven an.

Herr **Straub** erklärte, dass derzeit keine Nachnutzung für diese Gebäude vorgesehen sei. Der Rückbau würde etwa Mitte der 2020er Jahre beginnen.

Herr **Walzner** fragte nach der Weiterverwendung des Bahnanschlusses für das MArS.

Herr **Witte** antwortete, dass das Gleis nicht mehr benötigt und daher rückgebaut werde.

Herr **Wieting** verwies auf Nachfrage auf das Erfordernis einer europaweiten Ausschreibung der Baumaßnahmen.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 -Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße-, Aufstellungsbeschluss

315/2017

Herr **Amerkamp** führte ausführlich in das Thema ein. Er erklärte, dass aufgrund der Themengleichheit die TOP 5.1 und 5.2 zusammen beraten

werden.

Herr **Sobolewski** (Aldi Nord) stellte die Planungen und das damit verbundene Konzept vor.

Herr **Wilps** ergänzte das neue Konzept. Dies umfasse z.B. breitere Gänge (2,60m), LED-Beleuchtung, Verbreiterung der PKW-Stellplätze auf 2,80m sowie das Vorhalten einer Ladestation für E-Bikes.

Herr **Harms** fragte nach der weiteren Verwendung des Gebäudes in der Posener Straße.

Herr **Sobolewski** antwortete, dass dieser Standort geschlossen werde. Man habe das Gebäude der Stadt Wilhelmshaven angeboten mit der Auflage, dort keinen Lebensmittelmarkt zuzulassen. Auf entsprechende Nachfrage von Frau **Weinstock** und Herrn **Schön** erklärte er, dass sich das Gebäude im Eigentum von Aldi Nord befinde und man für entsprechende Vorschläge bezüglich einer Nachnutzung offen sei.

Herr **Leinert** ergänzte, dass es sich hier nur um einen Aufstellungsbeschluss handelt, entsprechende Abstimmungsgespräche seien natürlich noch erforderlich. Bezüglich des Grünstreifens sei eine Abwägung erforderlich. Der Grünstreifen ist Bestandteil der Landschaftsrahmenplanung. Gewünscht sei heute ein Grundsatzbeschluss dahingehend, ob das Vorhaben seitens der Stadt Wilhelmshaven gewünscht sei.

Herr **Möhle** fragte nach entsprechenden Planungen hinsichtlich des erhöhten Verkehrsaufkommens bei Umsetzung des Vorhabens.

Herr **Wilps** antwortete, dass eine Veränderung der Straßenführung nicht vorgesehen sei. Auch werde die Anzahl der zur Verfügung stehenden Stellplätze nicht erhöht, dafür aber ihre Breite.

Auf Nachfrage von Herrn **Prof. Dr. Preuss** erklärte Herr **Sobolewski**, dass eine Verkaufsfläche von ca. 1.650 m² geplant sei.

Herr **Harms** fragte, ob eine Verlegung der Zufahrt geplant sei.

Herr **Leinert** antwortete, dass dies im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geprüft werde.

Herr **Amerkamp** ergänzte, dass es sich hier lediglich um einen Aufstellungsbeschluss handelt, d.h. einen Einstieg in die Planungen und das Führen entsprechender Abstimmungsgespräche. Für den Entwurfsbeschluss seien zudem noch entsprechende Gutachten bzgl. Lärm, Verkehr etc. notwendig.

Herr **Dr. Schulte** erklärte, dass er mit den Planungen nicht einverstanden sei. Die Grünanlage sei städtisch. Aus den vorgestellten Planungen gehe z.B. auch nicht hervor, wie groß der Anteil der Grünfläche für diese Planungen sei. Es sei zu überlegen, ob für die Umsetzung des Projektes wirklich auf einen Teil der Grünfläche verzichtet werden solle. Zudem könne das Gebäude Posener Straße nach Aufgabe des dortigen Marktes abgebrochen werden.

Herr **Wilps** erwiderte, dass eine Vergrößerung des Aldi-Marktes nicht möglich sei, da hierdurch das Hintergebäude, welches derzeit von einem Betrieb für

Tiernahrung genutzt werde, ins Hintertreffen geraten würde. Der Tiernahrungsbetrieb sei Mieter und habe eine Option auf eine Verlängerung des Mietvertrages für etwa weitere 10 Jahre, die er beabsichtige auch in Anspruch zu nehmen. Eine Kündigung sei nicht möglich. Die benötigte Fläche gab er mit etwa 3.600 m² an.

An der weiteren Diskussion bezüglich Kompensation sowie der teilweisen Umnutzung der an das Grundstück angrenzenden Grünfläche beteiligten sich die Ausschussmitglieder **Dr. Schulte**, Frau **Breuer** sowie Herr **Sobolewski**, Herr **Wilps** und Herr **Leinert**.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mehrheitlich mit 5 JA- und 3 NEIN-Stimmen (Prof. Dr. Preuß, Dr. Schulte, Frau Weinstock):

Beschluss:

--

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, die Aufstellung der 79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 – Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

5.2 Bebauungsplan Nr.97 (vorhabenbezogen)/

316/2017

Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23

(VEP 023)

-Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-

Aufstellungsbeschluss

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mehrheitlich mit 5 JA- und 3 NEIN-Stimmen (Prof. Dr. Preuß, Dr. Schulte, Frau Weinstock):

Beschluss:

--

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 97 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 23 (VEP 023) -Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

5.3 Bebauungsplan Nr. 163
Gewerbegebiete Güterstraße
Aufstellungsbeschluss

312/2017

Herr **Amerkamp** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Schön** fragte, ob es bezüglich der Vergnügungsstätten neue Entwicklungen gäbe.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass es eine große Nachfrage gäbe, man aber Lenkungsmöglichkeiten habe.

Herr **Prof. Dr. Preuß** erklärte, dass die derzeit dort ansässigen Gewerbetreibenden gegen einen Weggang von Aldi und Lidl seien.

Herr **Leinert** antwortete, dass dies in der Verantwortung von Aldi und Lidl läge und diese sich in Potenburg ansiedeln und der Standort Güterstraße daher obsolet sei.

Frau **Weinstock** fragte nach einer Weiterverwendung der Gebäude.

Herr **Leinert** antwortete, dass städtischerseits hierzu keine Angaben gemacht werden können.

Herr **Möhle** verwies auf den Bestandsschutz der dort ansässigen Firmen. Dieser würde auch entsprechende Veränderungen wie evtl. Vergrößerungen verhindern.

Herr **Amerkamp** erklärte, dass dem hier nicht so sei, da entsprechende Veränderungen zugelassen seien.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig mit 6 JA-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

Beschluss:

--

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. **163 GEWERBEGEBIET GÜTERSTRASSE**. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

5.4 Umsetzung Radverkehrskonzept
Route 111 Schulstraße, Route 150 Kirchreihe

222/2017

Herr **Leinert** führte in das Thema ein und erläuterte die vorgesehenen

Maßnahmen.

Herr **Witte** begrüßte die Budget-Erhöhung in diesem Bereich von 200.000 € auf 400.000 €. Die vorgelegten Planungen beruhen auf dem Radverkehrskonzept. Er schlug vor, eine komplette Route vom Stadtnorden bis zum Stadtsüden (Route 110) komplett durchzuplanen. Des Weiteren sollte auch in die Verkehrssicherung investiert werden. Hier wären einige Maßnahmen erforderlich, z.B. auch die farbliche Markierung entsprechender Gefahrenpunkte.

Herr **Dr. Schulte** fragte, ob hier die konkrete Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen beschlossen werden soll oder lediglich deren Planung und ob zum Schluss noch ein Ratsbeschluss erfolgt. Eine weitere Einführung von Fahrradstraßen halte er für nicht erforderlich.

Herr **Witte** erkläre, dass die Ausweisung der Kirchreihe als Fahrradstraße vorgesehen sei, da diese faktisch schon eine solche sei. Erhöhten Diskussionsbedarf sehe er bei der Ausweisung der Schulstraße als Fahrradstraße. Es gehe mehr darum, den Ausweichverkehr der Korte-Kreuzung aus der Schulstraße herauszubekommen und diese für den Fahrradverkehr sicher zu machen. Die Ausweisung als Fahrradstraße wäre eine Möglichkeit, genauso könne aber eine Einbahnstraßenregelung zielführend sein. Dies müsse allerdings planerisch durchdacht und geprüft werden.

Herr **Harms** fragte, ob in dem angesprochenen Bereich Brommy-Grün schon ein Radweg vorhanden ist. Dies wurde bejaht (Fuß- und Radweg vorhanden). Es wäre wesentlich einfacher, hier vom Mühlenweg zur Friedenstraße eine Fahrradstraße einzurichten als die Umgestaltung der Schulstraße.

Herr **Leinert** antwortete, dass vor Umsetzung die fertige und abgestimmte Planung dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wird. Die bisher geäußerten Bedenken sollen im Rahmen der Planung untersucht werden. Auch die Polizei habe Bedenken gegen eine Umnutzung der Schulstraße als Fahrradstraße. Diese Maßnahme ist jedoch im Radverkehrskonzept explizit aufgeführt, so dass sie nun detailliert untersucht werden soll mit dem Ziel, der Politik einen Vorschlag unterbreiten zu können, ob nun die Schulstraße zur Fahrradstraße werden soll oder der Weg durch das Brommy-Grün führen wird.

Herr **Möhle** regte an, die Formulierung „und Umsetzung“ in der Beschlussvorlage zu streichen, da dies ansonsten irreführend sei. Auch er begrüßte die Budgeterhöhung. Allerdings sollte man das Geld nicht sofort für die Umsetzung der im Radverkehrskonzept aufgeführten Maßnahmen ausgeben. Die Schaffung einer weiteren Fahrradstraße halte er für nicht erforderlich auch aufgrund der negativen Erfahrungen im Bereich der Schellingstraße. Bevor die dort herrschenden unbefriedigenden Umstände nicht geklärt und beseitigt sind sollte man von einer weiteren Fahrradstraße Abstand nehmen. Eher sollte man bestehende Missstände beseitigen wie z.B. die Zuwegung Altengroden/Coldewei oder auch am Kanal sowie in der Schillerstraße. Des Weiteren sollte auch der Bürger entsprechend beteiligt werden.

Herr **Walzner** sprach sich auch für eine Verbesserung des Fahrradweges im

Brommy-Grün aus.

Frau **Weinstock** forderte eine entsprechende Überwachung der Schellingstraße bezüglich der verkehrsrechtlichen Situation und des Verhaltens der Kraftfahrer.

Herr **Leinert** bestätigte auf Nachfrage, dass der Passus „und Umsetzung“ seitens der Verwaltung in der Beschlussvorlage gestrichen werde und der zu fassende Beschluss somit lediglich die Planung umfasse.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Beschluss:

--

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung ~~und Umsetzung~~ der Route 111 Schulstraße/Brommygrün-Mozartstraße (Nord-Süd-Veloroute) und Route 150 Kirchreihe (Ost-West-Veloroute) als Fahrradstraße.

6 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

6.1 **Bebauungsplan Nr. 163**

313/2017

Gewerbegebiet Güterstraße

**Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit**

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig mit 7 JA-Stimmen bei 1 Enthaltung:

Beschluss:

--

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bebauungsplan Nr. 163) -GEWERBEGEBIET GÜTERSTRASSE- in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit im Technischen Rathaus durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und

den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

6.2 79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973

317/2017

-Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mehrheitlich mit 5 JA- und 3 NEIN-Stimmen (Prof. Dr. Preuß, Dr. Schulte, Frau Weinstock):

Beschluss:

--

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für die 79. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 – Sonderbaufläche Süd / Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße- in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit im Technischen Rathaus durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

6.3 Bebauungsplan Nr. 97 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23
(VEP 023)

318/2017

-Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße-
Beschluss über die Art der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mehrheitlich mit 5 JA- und 3 NEIN-Stimmen (Prof. Dr. Preuß, Dr. Schulte, Frau Weinstock):

Beschluss:

--

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bebauungsplan Nr. 97 -Östlich Flutstraße / Arthur-

Grunewald-Straße- in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit im Technischen Rathaus durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Massnahmen aus Radverkehrskonzept

Dieser TOP wurde zusammen mit dem TOP 5.4 bereits erörtert.

7.2 Vorstellung Projektentwicklung ehemalige Grundschule Kirchreihe

Herr **Drewel (ImmoVest)** stellte das Projekt ausführlich vor.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

7.3 Vorstellung Projektentwicklung für BP Nr. 190, Kirchreihe/Widukindstraße

Herr **Janßen (NWP)** stellte das Projekt ausführlich vor.

Herr **Möhle** verwies darauf, dass die Sporthalle für die Schulen und die Verwaltung noch gebraucht werde.

Herr **Leinert** ergänzte, dass man sich diesbezüglich mit den Investoren in Abstimmungsgesprächen befinde.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

7.4 BP Nr. 192 Tammhausen (Kugelschießanlage) - Vorstellung vor § 3 (1), § 4 (1) BauGB

Herr **Leinert** führte aus, dass man zur Gemeinde Wangerland einen intensiven Austausch führe. Aus diesem Grund habe man eine informelle Informationsveranstaltung initiiert, zu dem auch etwa 50 Bürger sowie der Betreiber der Anlage erschienen sind. Bei den Anwohnern überwiegt der Unmut über die geplante Anlage, teilweise auch über die bereits bestehende.

Faktisch ist es so, dass durch den Neubau – auch aufgrund der Einhausung – keine zusätzlichen Belastungen zu erwarten sind. Alle vorgeschriebenen Lärmschutzwerte werden deutlich unterschritten. Formal wird als Nächstes der Entwurfsbeschluss zur Beschlussfassung vorgelegt und der Rat hat daraufhin zu entscheiden, ob dieser umgesetzt werden soll.

7.5 Produktberichte II/2017

Herr **Amerkamp** erklärte, dass alle wesentlichen Produkte nicht gefährdet sind. Auf eine ausführliche Vorstellung der einzelnen Produktberichte wurde einvernehmlich verzichtet.

8 Öffentliche Anhörungen

Mangels Nachfrage fand keine öffentliche Anhörung statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:00 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in